

WESTPFALZ-INFORMATIONEN



Ausgabe Nr. 119, Juni 2005

Im Osten was Neues:
die Metropolregion Rhein-Neckar

Zu diesem Heft

Durch die jüngsten politischen Entscheidungen mit der Zielrichtung, die Region Rhein-Neckar als europäische Metropolregion auszuweisen und damit eine Bündelung vorhandener Wirtschaftskerne zu einer starken Wirtschaftsregion zu forcieren, stellt sich unmittelbar die Frage nach der Zukunft der Region Westpfalz.

Der dort seit geraumer Zeit stattfindende erhebliche Strukturwandel und die damit zusammenhängenden Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialprobleme sind bekannt.

Andererseits ist es in den Städten Kaiserslautern, Zweibrücken und Pirmasens mittlerweile erfolgreich gelungen, die Themen Forschung, Entwicklung und Technologie nach vorne zu bringen.

Die bisherigen Bestrebungen, die Westpfalz in einer europäischen Großregion Saar-Lor-Lux+ zu verankern, haben jedoch nicht zu greifbaren Erfolgen geführt, weil in diesem Bereich derzeit noch kein zentraler adäquater Wachstumskern erkennbar ist, der die Potenziale einer solchen Region bündeln könnte. Auch ein Schulterschluss mit dem Saarland, der zu einer Katalysatorwirkung für die Bildung eines europäischen Wirtschaftsraums werden könnte, ist nicht ersichtlich.

Die Zusammenarbeit mit einem großen Wirtschaftsraum ist für die Westpfalz als Orientierungspunkt für den derzeitigen Strukturwandel aber unabdingbar, damit die Westpfalz nicht als Randregion jegliche wirtschaftliche Bedeutung verliert. Schließlich und endlich bietet sich eine solche Zusammenarbeit nicht nur wegen der räumlichen Nähe, sondern auch wegen des historischen Bezuges (Kurpfalz) an, auch im Hinblick auf die ansonsten drohende Zersplitterung der Pfalz.

Anknüpfungspunkte bieten u.a. die technischen Potenziale der Region Westpfalz und die hervorragenden Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der TU Kaiserslautern, der FH Kaiserslautern mit ihren Standorten Kaiserslautern, Zweibrücken und Pirmasens sowie der Prüf- und Forschungsinstitute, Fraunhofer-Institute und des Max-Planck-Instituts in den Bereichen Mikrosystemtechnik, Kunststoffchemie, Anlagen- und Maschinenbau usw., die in wettbewerbs- und zukunftsfähigen Unternehmen der Region ihre Entsprechung finden; sie stellen ein hervorragendes Komplement zu den Kompetenzen und Stärken der Metropolregion Rhein-Neckar dar.

Im vorliegenden Heft informieren wir über das Metropolregionenkonzept, über dessen Entwicklungsschwerpunkte und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen. Erste (externe) Einschätzungen des sich daraus ableitenden Handlungsbedarfs für die PGW runden die Ausgabe ab.



OB Dr. Bernhard Matheis
Vorsitzender



OB Dr. Bernhard Matheis
Vorsitzender

Europäische Metropolregionen - Konzept und Definition

Auf der 32. Sitzung der deutschen Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) am 28. April 2005 haben sich der für Raumordnung zuständige Bundesminister und die zuständigen Länderminister darauf geeinigt, vier weitere Räume in den Kreis der Metropolräume von europäischem Rang, der sog. europäischen Metropolregionen, aufzunehmen.

Mit diesem Beschluss der MKRO zur "Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder und Handlungsstrategien" existieren in Deutschland jetzt insgesamt elf derart ausgezeichnete Räume; es sind dies neben Berlin, Hamburg, München, Stuttgart, Nürnberg die Bereiche Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Halle-Leipzig/Sachsendreieck, Bremen-Oldenburg und Hannover-Braunschweig-Göttingen.



Die aktuelle Beschlusslage ist das Ergebnis einer Kette von vorbereitenden Aktivitäten zunächst auf Bundesebene, die vor relativ genau 10 Jahren ihren Anfang mit der Verabschiedung des Raumordnungspolitischen Handlungsrahmens¹ nahm.

Mit diesem Beschluss gab die deutsche Raumordnung einen normativen Rahmen für die Bestimmung von Regionen vor, die metropolitane Funktionen übernehmen sollten, um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können. Hierzu heißt es im Handlungsrahmen:

¹ Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Beschluss der 24. Ministerkonferenz für Raumordnung in Düsseldorf am 8. März 1995. Bonn 1995.

"Die Ministerkonferenz für Raumordnung sieht in den europäischen Metropolregionen räumliche und funktionale Standorte, deren herausragende Funktionen im internationalen Maßstab über nationale Grenzen hinweg ausstrahlen. Als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sollen sie die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten und dazu beitragen, den europäischen Integrationsprozess zu beschleunigen.

Europäische Metropolregionen sind keine Zielkategorie im Rahmen des Zentrale-Orte-Systems in Deutschland. Sie ergänzen es vielmehr hinsichtlich einiger herausragender internationaler Raumfunktionen [...]. Ein wesentliches Kennzeichen [...] ist ihre gute Erreichbarkeit auf interkontinentaler Ebene."²

Weitere entscheidende Kriterien, um das Prädikat "Metropolregion" zu erhalten, sind u.a.

- das Vorhandensein transnationaler wirtschaftlicher Funktionen (vgl. nachstehende Tabelle)
- herausragende Bedeutung als Innovationsstandort (Universitäten und Wissensdienstleister)

Transnationale wirtschaftliche Funktionen der deutschen Metropolregionen

Wirtschaftskraft, Außenhandel, wirtschaftliche Spezialisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Exportquote - Bruttowertschöpfung (gemessen an den Erwerbstätigen) - Rangstellung der Branchen (Größe und Beschäftigtenanteil)
Entscheidungs- und Kontrollkapazitäten, metropolitane Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> - Sitz von Konzernzentralen - (Anzahl)Beschäftigte im Finanzsektor (Lokalisations-Quotient) - Beschäftigte in unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Lokalisations-Quotient)
Kommunikations- und Treffpunkt, Verkehrsknoten	<ul style="list-style-type: none"> - Messegeschäft (ausländische Aussteller und Besucher) - Flugverkehr (Flugbewegungen und Reisende) - Luftfracht

Quelle:

Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen und ihre Auswirkungen auf die Raumstruktur des Bundesgebietes; Untersuchung des IRS im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Juli 2001

Entscheidend ist aber auch die nachdrückliche Befürwortung der dezentralen Raumstruktur in Deutschland, welche eine Ausrichtung der internationalen Vernetzung auf eine einzige Metropole eindeutig ausschließt. In einer - im Umkehrschluss - anzustrebenden polyzentrischen Vernetzungsstruktur innerhalb und zwischen den Metropolregionen werden deutliche systemare und ökologische Vorteile gesehen.

² Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Raumordnungspolitische Handlungsrahmen. Beschluss der 24. Ministerkonferenz für Raumordnung in Düsseldorf am 8. März 1995. Bonn 1995. S. 27

Die MKRO sah es zugleich als notwendig an, diese Leitvorstellungen innerhalb Deutschlands und auch auf europäischer Ebene (Stichwort: Europäisches Raumentwicklungskonzept, EUREK) weiter zu entwickeln und unterbreitete erstmals im April 1997 "Vorschläge zur Stärkung der europäischen Metropolregionen in Deutschland"³.

Die im Handlungsrahmen umrissenen Entwicklungsleitlinien werden hier aufgegriffen, präzisiert und in Planungs- bzw. Handlungsbündeln zugespitzt.

Als grundlegende Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Metropolregionenkonzeptes und die bestmögliche Ausnutzung seiner Synergieeffekte werden zunächst genannt:

- die Netzwerkbeziehungen der Metropolregionen untereinander und mit benachbarten Metropolen im Ausland;
- die internen Netzwerkbeziehungen durch eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit;
- schließlich die funktionalen Verflechtungen zwischen den Metropolregionen und den in ihrem weiteren Ausstrahlungsbereich befindlichen Zentren bzw. Regionen.

Gerade aus dem letztgenannten Kriterium geht eindeutig hervor, dass trotz einer aus rein praktischen Gründen erforderlichen räumlichen Abgrenzung (die sich i.d.R. an administrativen Grenzen orientiert) der Metropolregionen es sich im Kern um funktionale Verflechtungsräume handelt, die Ausstrahlungsbzw. Impulswirkung auf ihr weiteres Umland haben.

Eine Reihe von Entwicklungsschwerpunkten vertiefen das Grundkonzept und sind zugleich funktionales Merkmal (im Sinne der Zielerreichung) wie auch Kriterium für die Prädikatisierung als Metropolregion. Ein hoher Grad an Selbstorganisation und Entscheidungsfähigkeit innerhalb der Metropolregionen sind hier unabdingbare Voraussetzung.

- Funktionsbündelung und Kooperation im Bereich der wirtschaftsnahen und verkehrlichen Infrastruktur

Hierunter fallen insbesondere interkommunale Abstimmungs- und Kooperationsansätze bei Planung und Betrieb von Messe- und Kongressstandorten, ebenso bei der Planung und Durchführung von entsprechenden Großveranstaltungen sowie gezielte Service- und Vernetzungsangebote für Firmensitze der Hightech- und Medienbranchen.

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur steht die hohe Anbindungsqualität im internationalen Maßstab im Vordergrund, wobei diese durchaus funktionsteilig, d.h. in Kooperation innerhalb und außerhalb der Metropolregionen sicherzustellen ist. Vernetzungsstrukturen der Verkehrsträger sind aufzubauen bzw. weiter zu verbessern.

- Sicherung bzw. Entwicklung einer hohen Umweltqualität

Die Sicherung der Lebensqualität und Funktionsfähigkeit der Metropolregionen hängt entscheidend von Erhaltung und Entwicklung der Freiraumstruktur ab. Raumbezogen soll dies einerseits durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung (z.B. an Haltepunkten des SPNV), andererseits durch die Ausweisung ökologischer Ausgleichsräume (z.B. regionale Grünzüge, Klimaschneisen) erfolgen.

Angedacht wird aber auch ein Nutzen-/Lastenausgleich für Kommunen, die als Leistungs- bzw. Lastenträger im Verbund fungieren.

³ MKRO-Arbeitsgruppe Metropolregionen, Entschließung vom 10.04.1997

- Funktionale Vernetzung mit dem Umland

Wert gelegt wird vor allem auf die positiven Ausstrahlungseffekte der Metropolregionen auf ihr weiteres Umland; einer "Schwächung der in ihrem weiteren Einzugsbereich liegenden Regionen und Städte" wird eine klare Absage erteilt. Vielmehr werden eine "Förderung und Verbesserung des Leistungsaustausches [...], z.B. durch Beteiligung an dezentralen Projekten" sowie eine "stärkere Anbindung der außerhalb [...] liegenden Zentren durch Verbesserung der regionalen Mobilität vorrangig im schienengebundenen Verkehr" gefordert.

Die Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte bedarf u.a. der Schaffung raumordnerischer Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, auf die sich die folgenden Handlungsempfehlungen der MKRO beziehen.

- Integration des Metropolregionenkonzepts in raumentwicklungspolitische Pläne und Programme auf Landesebene (z.B. Landesentwicklungsprogramme)
- Erarbeitung von Leitbildern und regionalen Entwicklungskonzepten, hierbei eine ressortübergreifende Abstimmung von Zielsetzungen und Maßnahmen vor allem über einen Prozess der Selbstorganisation
- Interkommunale Kooperation und ggf. räumliche/institutionelle Reorganisation sind als Voraussetzungen hierfür besonders anzustreben; die öffentlich-rechtlichen Planungsträger und privatwirtschaftliche Unternehmen sowie Verbände und Institutionen sollen hier im Sinne eines Regional Governance zusammenarbeiten.
- Leitgedanken und Ergebnisse der Kooperation sind über ein geeignetes Marketing nach außen und innen zu kommunizieren; dieses trägt wesentlich sowohl zur Selbstbindung innerhalb der Metropolregion als auch zur Standortpräsentation auf internationaler Ebene - und damit zur Realisation des Kernansatzes der Metropolregionen - bei.

(smg)

"Impulswirkungen einbinden"

Interview mit dem Leiter der Unterabteilung Raumentwicklung und Strukturpolitik im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Ministerialdirigent Manfred Sinz

Mit dem Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO), die Region Rhein-Neckar als Metropolregion auszuweisen, wird jetzt auch die Region Westpfalz konkret mit der neuen Handlungslogik der Raumordnungspolitik des Bundes konfrontiert: Stärke die Starken. Wie kommt es zu diesem Paradigmenwechsel, Herr Sinz?

Ich würde die Formulierung „Stärke die Stärken“ bevorzugen. Und das ist aus meiner Sicht auch kein wirklicher Paradigmenwechsel, sondern eine längst fällige Gleichgewichtung von Entwicklungs- und Ausgleichszielen der Raumordnung.

Die Sicherung oder gar Steigerung des Wohlstandsniveaus in Deutschland ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Stichworte wie Globalisierung und Intensivierung des Wettbewerbs mögen hier genügen. Deshalb wird der Erhalt der wirtschaftlichen Leistungskraft mehr und mehr zu einer zentralen politischen Aufgabe. Theoretische Ansätze wie auch erfahrungsgetragene Argumente legen nahe, dass vor allem großstädtische Ballungsräume, die so genannten Metropolregionen, günstige Voraussetzungen für eine gezielte Wachstumspolitik aufweisen.

Für die deutsche Raumordnungspolitik waren Metropolregionen lange Zeit kein Thema. Sie war in den 1960er und 1970er Jahren vorrangig ausgleichsorientiert und dem Ziel der gerechten räumlichen Verteilung des Wachstums verpflichtet. Erst aufgrund der erheblichen Umbrüche in den 1990er Jahren reagierte die Raumordnungspolitik mit einer stärkeren Akzentsetzung auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Im funktionalen Sinne sind Metropolregionen Cluster von metropolitanen Einrichtungen, die großräumig wirksame Steuerungs-, Innovations-, Knoten- und Dienstleistungsfunktionen ausüben und insofern als Motoren der Raumentwicklung fungieren.

Könnten sich mit diesem Paradigmenwechsel die Entwicklungsbedingungen für ländliche Räume verschlechtern?

Mit dem Metropolregionenkonzept würde ein Paradigmenwechsel zu Lasten der ländlichen Räume einhergehen, wenn ausschließlich die Aufgabe des Gleichwertigkeitspostulates zugunsten einer bedingungslosen Wachstumspolitik betrieben werden sollte.

Gefordert ist jedoch eine Raumordnungspolitik, die zum einen die Motorenrolle der Metropolregionen für die Entwicklung Deutschlands und seiner großen Wirtschaftsräume anerkennt und als Aufgabe akzeptiert. Zum anderen muss die Raumordnungspolitik aber auch den sozialen Ausgleich und die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen im Blick haben. Im Übrigen leisten auch einige eher ländlich geprägte Räume außerhalb der Metropolregionen erhebliche Beiträge zum Wachstum.

Sie haben soeben das Gleichwertigkeitspostulat angesprochen - bleibt es Maxime der Raumordnung?

Die Raumordnung bleibt dem Gleichwertigkeitspostulat weiter verpflichtet - allerdings ist es in der planungspraktischen Umsetzung den veränderten demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Was heißt das konkret?

Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichheit, sondern in erster Linie die Einhaltung von Mindeststandards des Angebots öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser bei zumutbaren Erreichbarkeiten der Standorte in den unterschiedlich dicht besiedelten Regionen. Wir müssen das Gleichwertigkeitspostulat als Aufforderung zur Herstellung von Chancengerechtigkeit zu begreifen. Für die Planung stellt sich dementsprechend die Aufgabe, die räumlichen Bedingungen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass eine Teilhabe für alle möglich und erschwinglich bleibt.

Die bisherige Aufgabenwahrnehmung der Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW) war geprägt durch die Erarbeitung eines so genannten schlanken Plans zur Lösung der Ordnungsaufgaben (für das Gebiet der gesetzlich abgegrenzten Region) sowie durch die Erstellung von Konzepten zur Wahrnehmung der Entwicklungsaufgaben (mit flexiblem Raumbezug).

Welche Anforderungen ergeben sich aus veränderter Handlungslogik und verändertem Handlungsbedarf?

Zunächst ist festzustellen, dass es der PGW gelungen ist, einen - auch bundesweit beachteten - schlanken Plan vorzulegen, der ein effektives Instrument zur Steuerung der Siedlungsentwicklung in der Region darstellt.

Jetzt wird es verstärkt darauf ankommen - auf Basis dieser Ordnungsvorstellungen - überschießende Impulswirkungen der Metropolregion Rhein-Neckar sowie die vorhandenen bzw. aufzubauenden funktionalen Verflechtungen konzeptionell einzubinden und damit für die Entwicklung der Region nutzbar zu machen.

Bedarf es hierzu der Veränderung aufbau- und/oder ablauforganisatorischer Regelungen in Analogie zu denen des Verbandes Region Rhein-Neckar?

Die Beantwortung dieser Frage ist Sache des Landes und seiner Regionen. Ich kann aber empfehlen, auf allen Ebenen über strategische Partnerschaften zwischen den Kernen, dem Umland und der Peripherie der Metropolregionen und ihrer Nachbarräume nachzudenken. Dabei geht es um die Bündelung und Vernetzung der regionalen Kräfte. Gleichzeitig sollte das Bewusstsein dafür wachsen, dass Kerne und Peripherie aufeinander angewiesen sind und sich nicht in Verteilungskämpfen auseinander dividieren lassen dürfen.

Wir danken für dieses Gespräch.

(thw)

"Funktionale Verflechtungen nutzen"

Interview mit dem kommissarischen Direktor des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, Dr. Hans-Jürgen Seimetz

Mit Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) ist die Region Rhein-Neckar als Europäische Metropolregion (EMR) festgesetzt worden. Herr Seimetz, welche Erwartungen verknüpfen Sie mit dieser Festsetzung?

Europäische Metropolregionen sind Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Mit der Lissabon-Strategie nimmt die Europäische Union die Herausforderungen der Globalisierung und des zunehmenden Standortwettbewerbs der Regionen an, mit der sich die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln will. Der Weg zu diesem Ziel führt über die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Förderung von Metropolregionen, den Kernen für Innovation und Entwicklung. Dank deren Stärke und hohen Dynamik partizipiert ein weites Umland am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortkommen.



Das Prädikat "Metropolregion" wertet das Image der Region in Deutschland und in ganz Europa auf. Zudem eröffnet die Aufnahme in den Kreis der Metropolregionen den regionalen Akteuren umfassende Kontakt- und Einflussmöglichkeiten. Das Netzwerk der Metropolregionen organisiert einen europaweiten Austausch und bietet vielseitige Führungsvorteile. Daneben wird die EU-Strukturförderung für die Förderkulisse ab 2007 neu konzipiert. Hat die bisherige Strukturpolitik schwerpunktmäßig strukturschwache Räume gefördert, scheinen jetzt auch eigene Förderprogramme für Metropolregionen möglich.

Was gab Ihrer Meinung nach den Ausschlag für die Auszeichnung Metropolregion?

Die Region Rhein-Neckar erfüllt die Kriterien einer Metropolregion. Wissenschaftslandschaft, Wirtschaftskraft und -dynamik, Kunst und Kultur, Verkehrsgunst und das einzigartige Modell der Regional Governance halten dem nationalen und internationalen Vergleich stand.

Basis für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft der Metropolregion Rhein-Neckar sind die 22 Hochschulen mit ihren 72.000 Studierenden. Die Region zeichnet sich jedoch nicht nur durch die außerordentliche Breite, sondern vor allem durch die qualitativen Spitzenleistungen von Wissenschaft und Forschung aus.

Der Zugang zu Wissen wird auch durch das Kongresszentrum Rosengarten, nach der Anzahl der Großkongresse viertgrößtes deutsches Kongresszentrum, gesichert. Mit der Fertigstellung der SAP-Arena steht ab September 2005 die modernste Multifunktionsarena Deutschlands für bis zu 15.000 Menschen zur Verfügung. Der Mannheimer Maimarkt und die größte privat betriebene deutsche Messe in Sinsheim sind weitere Highlights der Region.

Zehn der 100 größten deutschen Unternehmen sind mit ihrem Hauptsitz in der Region Rhein-Neckar vertreten, dazu 13 % des DAX-Marktkapitals, drittgrößte "MDAX-Region", Weltmarkt- und Europa-führer: die Region Rhein-Neckar besitzt bei den Entscheidungs- und Kontrollfunktionen Metropolqualität. Die internationale Ausrichtung der Wirtschaft wird auch durch eine Exportquote von 46 % belegt; ein Wert, der weit über dem Bundesdurchschnitt von 38 % liegt.

Sie sprachen gerade eben von "Regional Governance" - was meinen Sie damit?

Ganz allgemein versteht man darunter den Prozess der Koordination von verschiedenen Akteuren, Gruppen und Institutionen aus den Bereichen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Konkret: Der Beginn der regionalen Zusammenarbeit reicht mit der Gründung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar 1951 weit zurück. Die Bildung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar 1970, die Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar 1989 und die Erweiterung der Kompetenzen des Raumordnungsverbandes 1998 waren Meilensteine hin zu einer Regional Governance, wie sie in kaum einer anderen deutschen Region praktiziert wird.

Wie soll es weitergehen?

Die Aufnahme in den Kreis der Metropolregionen markiert nicht das Ende des Weges. Vielmehr ist die Entscheidung der Ministerkonferenz für Raumordnung der Anfang weit reichender Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Region. Der Beitritt zum "Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland" und zum europäischen Metropolennetzwerk Metrex ist in Vorbereitung. Der neue Staatsvertrag Rhein-Neckar wird voraussichtlich am 26. Juli 2005 von den drei Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz unterzeichnet. Er wird eine neue Grundlage der Zusammenarbeit bilden, mit gestärkten Kompetenzen der regionalen Handlungsebene.

Was ist - in knappen Worten - Inhalt des neuen Staatsvertrages?

Der grenzüberschreitende Raum braucht effizientere Planungs- und Handlungsstrukturen für eine grenzüberschreitende, einheitliche Regionalplanung und Regionalentwicklung, wenn es gilt, Schwachpunkte der regionalen Kooperation zu beseitigen, um im europäischen Wettbewerb der Regionen mit einer strategischen Neuausrichtung und strukturellen Fortentwicklung besser bestehen zu können. Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar soll daher zum Verband Region Rhein-Neckar weiterentwickelt werden.

Die Regierungskommission schlägt vor, den Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald und die Planungsgemeinschaft Rheinpfalz aufzulösen. Rechtsnachfolger soll der neue grenzüberschreitende Verband Rhein-Neckar werden.

Mit dieser zukunftsorientierten Struktur und umsetzungsorientierten Zuständigkeitserweiterung kann der Verband den Herausforderungen als Metropolregion unter Berücksichtigung der Interessen seiner benachbarten Räume am besten gerecht werden.

Also auch der Interessen der Region Westpfalz?

Eine Weiterentwicklung des siebtgrößten Ballungsraums Deutschlands und seiner metropolitanen Funktionen als Wirtschaftsmotor mit weiter Ausstrahlung für angrenzende Räume wird nachdrücklich von der Wirtschaft sowie von den Kommunen und Landkreisen im Rhein-Neckar-Gebiet gefordert und entspricht der Formulierung der entsprechenden MKRO-Entscheidung von 1997; dort wird festgestellt, "dass es sich bei den Metropolregionen nicht um Raumeinheiten mit festen Außengrenzen handelt, sondern um funktionale Verflechtungsräume mit Ausstrahlungen auf ihr weiteres Umland."

Was bedeutet das Ihrer Ansicht nach konkret?

Es kann meiner Meinung nach deshalb nicht darum gehen, Gebietsabgrenzungen zu diskutieren, sondern funktionale Verflechtungen zu identifizieren und zum Vorteil der beteiligten Teilräume zu stärken und auszubauen bzw. funktionale Verflechtungen auf Basis des endogenen Potentials aufzubauen - wie dies bspw. im Verkehrsbereich mit der Einführung des S-Bahnbetriebes gelungen ist. Nur so lässt sich verhindern, dass es langfristig zu einer Zersplitterung der Pfalz kommt.

Wir danken für das Gespräch.

(thw)

Pressemitteilung zum Heft vom 20.05.2005

Planungsgemeinschaft sieht die Westpfalz als kompetenten Kooperationspartner für die Metropolregion Rhein-Neckar - Gutachten könnte Anknüpfungspunkte ausloten

Eine verstärkte Orientierung hin zur neuen Metropolregion Rhein Neckar könnte die entscheidenden Impulse setzen, damit die Westpfalz nicht als Randregion an Bedeutung verliert, betont der Vorsitzende der PGW, der Pirmasenser Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis. Eine Zusammenarbeit böte sich aber nicht nur wegen der räumlichen Nähe, sondern auch wegen des historischen Bezuges (Kurpfalz) und im Hinblick auf eine ansonsten drohende Zersplitterung der Pfalz an.

Denn: Metropolregionen werden auf Bundesebene als künftige Motoren der gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Europa gesehen. Wichtige Zielsetzung sei eben aber auch, so unterstreicht Manfred Sinz vom Bundesbauministerium, die Ausstrahlung dieser Effekte auf das weitere Umland.

Dies sieht auch der kommissarische Direktor des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, Dr. Hans-Jürgen Seimetz: "Eine Weiterentwicklung des siebtgrößten Ballungsraums Deutschlands und seiner metropolitanen Funktionen als Wirtschaftsmotor mit weiter Ausstrahlung für angrenzende Räume wird nachdrücklich von der Wirtschaft sowie von den Kommunen und Landkreisen im Rhein-Neckar-Gebiet gefordert."

Deshalb sollte in erster Linie festgestellt werden, schlussfolgert der PGW-Vorsitzende Matheis, in welchen Handlungsfeldern Kooperationen zwischen Westpfalz und Rhein-Neckar aufgebaut und entwickelt werden können. Dies könnte beispielsweise mit Hilfe eines Gutachtens geschehen, das in Zusammenarbeit mit dem Land zu vergeben wäre.

Die Orientierung nach Osten begründet Matheis zudem damit, dass die bisherigen Bemühungen, die Westpfalz in der westlich angrenzenden europäischen Großregion Saar-Lor-Lux+ zu verankern, nicht zu greifbaren Erfolgen geführt hätten, weil in diesem Bereich derzeit noch kein zentraler adäquater Wachstumskern erkennbar sei, der die Potenziale einer solchen Region bündeln könne.

Inhalt und Aufgaben der Raumordnung allgemein

Der Mensch beansprucht Raum und verändert ihn. Dazu tragen vielfältige Entwicklungen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Erholen und Kommunizieren bei. Die Raumordnung hat generell die Aufgabe, diese Raumansprüche sowie deren Veränderung mit den vorhandenen natürlichen Ressourcen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse abzustimmen (Prinzip der Nachhaltigkeit) und wertgleiche Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu gestalten (Prinzip der Gleichwertigkeit).

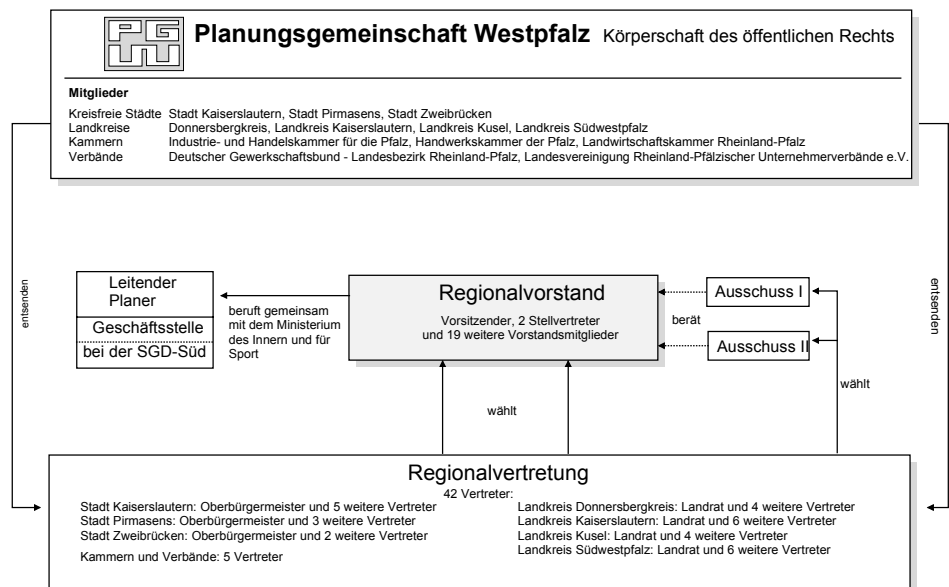
Raumordnung in Rheinland-Pfalz

Die für die Raumordnung in Rheinland-Pfalz maßgebenden Ziele finden sich auf Landesebene im Landesentwicklungsprogramm (LEP) und auf der Ebene der Planungsregionen in den Regionalen Raumordnungsplänen (ROP). Der ROP ist dabei die Nahtstelle zwischen örtlicher und überörtlicher Planung; hier erfolgt sowohl die konkretisierende Ausarbeitung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung für das Gebiet der Gesamtregion als auch die Abstimmung zwischen dieser zusammenfassenden, koordinierenden und langfristig angelegten Planung mit der Bauleitplanung (Flächennutzungs- und Bebauungsplan) der Kommunen.

Zuständig für Raumordnung und Regionalentwicklung im Gebiet der jeweiligen Region sind die Planungsgemeinschaften – für die Region Westpfalz die Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW). Mitglieder der PGW sind die kreisfreien Städte Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, die Landkreise Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Kusel und Südwestpfalz sowie Kammern und Verbände (IHK, HWK, LWK, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände).

Organisation der PGW

Regionalpolitische Entscheidungen werden in der Regionalvertretung und dem hieraus gewählten Regionalvorstand getroffen. Fachliche Fragen werden in zwei Ausschüssen (I = Raumordnung, II = Regionalentwicklung) bis zur Entscheidungsreife vorbereitet. Die Geschäftsführung übernimmt der Leitende Planer mit einer kleinen Stabsstelle in Kaiserslautern.



Seit über 40 Jahren zum Wohle der Region

Raumordnung und Regionalentwicklung werden in der Westpfalz bereits seit 40 Jahren erfolgreich betrieben. Neben der Aufstellung und Fortschreibung der Raumordnungspläne lieferte die Planungsgemeinschaft Impulse, die einen positiven Einfluss auf die regionale Entwicklung hatten; in bedeutenden Bereichen sind aus Vorarbeiten der PGW erfolgreiche Projekte entstanden: Mit der Studie "Universität Kaiserslautern als Motor für die Entwicklung der Region" wurde die Gründung der ersten Technologietransferstelle in der Westpfalz angestoßen. Mit dem ÖPNV-Rahmenkonzept wurde der teilräumliche, planerisch-konzeptionelle Vorläufer des Rheinland-Pfalz-Taktes vorgelegt. Aus der Vision des ÖPNV-Rahmenkonzeptes "jederzeit mit einem Fahrschein von jedem Ort zu jedem Ort in der Region" wurde der Slogan des Westpfalz-Verkehrsverbundes (WVV): "Eine Fahrkarte, ein Fahrpreis, ein Fahrplan". Auch die Anmeldung des Biosphärenhauses in Fischbach bei Dahn als eines der weltweiten Projekte der EXPO 2000 in Hannover geht ebenso wie die Integration dezentraler Projekte wie z.B. die Fahrraddraisine auf der Glantalstrecke in die Landesgartenschau 2000 Kaiserslautern auf Initiativen der PGW zurück. Schließlich wurde das Tourismusangebot "Westpfalz-Wanderweg" von der PGW geplant und realisiert.

Wie die beispielhafte Aufzählung zeigt, haben 40 Jahre Regionalplanung in der Westpfalz Spuren hinterlassen, hat Regionalplanung einen wesentlichen Beitrag zur Ordnung, Sicherung und Entwicklung von Raumstruktur und -funktionen in der Westpfalz geleistet - und wird dies auch weiterhin tun. Denn räumliche Gesamtplanung gerade auf Ebene der Region ist ein notwendiges Instrument zur langfristigen Sicherung der Lebensgrundlagen in Anbetracht der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen.